

Bezugspreis:

Wochenblatt 3.-Mk. monatlich 1.-Mk. ...

Anzeigenpreis:

Die abendliche Anzeigenzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 23. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Nationalversammlung für Unterzeichnung

Weimar, 22. Juni, 4 Uhr 30 Minuten nachmittags. In der Nationalversammlung wurde der Antrag Schulz-Groebner: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden“ in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Nationalversammlung hat entschieden, wie vorauszusehen war und wie die Notwendigkeit der Stunde, der Trauerstunde des deutschen Volkes, gebot.

Wir verlagen es uns, an dieser Stelle nochmals die Gründe hervorzuheben, von denen sich die Mehrheitspartei und die Regierung bei ihrer Entscheidung leiten ließen.

Auch die Anhänger der Unterzeichnung sind himmelweit von jubelnder Freude darüber entfernt, daß ihre Ansicht durchgedrungen ist.

Leider wird diese Hoffnung durch eine erneute Sorge gestört: die Formel, mit der die Regierung den Frieden nach ihrer Erklärung zu unterzeichnen beabsichtigt, enthält eine einschränkende Klausel, die über einen formalen Protest, den auch wir für richtig halten, hinausgeht.

Besonders aber stoßen wir uns an dem sachlichen Inhalt der Klausel. Wir haben schon einmal betont, daß die sogenannte „Ehrenfrage“ uns am allerungeeignetsten erscheint, um im entscheidenden Moment in den Vordergrund gestellt zu werden.

Ueber das erzwungene Geständnis des Friedensvertrages wird die Weltgeschichte sehr bald zur Tagesordnung übergehen.

Auch zu der Erklärung der Fraktion möchten wir uns eine Einschränkung erlauben. Wir werden es stets ablehnen, in diesem Frieden ein „unbedingtes Geheiß, die unerschütterliche Grundlage einer neuen Volksgemeinschaft“ zu sehen.

Deutsche Nationalversammlung.

40. Sitzung vom Sonntag, den 22. Juni 1919, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Noske, Schlieke, Bell, Raper, Robert Schmidt, Sieberts, Wissell, David, Dirsch, Vlos, Geiß, Gradnauer.

Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung kurz nach 12 1/2 Uhr. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Reichsministerpräsident Bauer:

Der Reichspräsident hat mich mit der Bildung des neuen Kabinetts an Stelle der zurückgetretenen Regierung Scheidemann betraut. Als Mitglied der bisherigen Regierung kann ich beoen Tätigkeit keine Anerkennung zollen, wohl aber kann ich den ausstehenden Mitgliedern, insbesondere dem Ministerpräsidenten Scheidemann, Worte warmen Dankes für ihre hingebende und aufopferungsvolle Tätigkeit nicht versagen.

deren erste und schnellste Aufgabe es sein muß, den Unrechtsfrieden abzuschließen.

Die Not von Land und Volk haben uns zusammengeführt. Wir dürften unsere Mitarbeit nicht verweigern, wenn wir nicht Gefahr laufen wollten, Deutschland einem regierungslosen, chaotischen Zustand zu überlassen, aus dem es keine Rettung mehr gegeben hätte.

Was ist die Antwort: Ja oder nein?

Die Reichsregierung kann es nur zu gut verstehen, wenn angesichts der Friedensbedingungen unserer Gegner eine helle Empörung den Engländern und die Gemächtheit fortreißt, und wenn diese Empörung sich Luft zu machen sucht.

vorüber, die Stunde des Handelns ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortung. In dieser Verantwortung trägt jeder von Ihnen sein Teil.

Glauben Sie mir, wir hoffen, in diesem Sinne gebrüht und entschieden zu haben angesichts der Gegenwart und Zukunft unseres Volkes und unter der notwendigen Berücksichtigung des Willens der Nationalversammlung.

Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht vorher Ja gegeben wird.

In dieser Stunde auf Leben und Tod unter drohendem Einmarsch erhebe ich zum letzten Male in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und Vernichtung.

Der „letzte Wort“ hat die Entente ihren Vorschlag vom 16. Juni genannt. Die Reichsregierung hat davon abgesehen, aus der fast unabsehbarer Reihe mehr oder minder unerträglicher Bedingungen eine oder die andere nach abzuhandeln.

den die Ablehnung wäre keine Abwendung des Vertrages. (Sehr richtig!) Ein Nein wäre nur eine kurze Einschiebung des Ja.

Unsere Widerstandskraft ist gebrochen. Ein Mittel der Abwendung gibt es nicht. Wohl aber gibt der Vertrag selbst uns eine Handhabe, die wir und nicht entziehen lassen können.

Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß in Würdigung all dieser Umstände und vorbehaltlich der Ratifikation durch die Nationalversammlung die Regierung sich entschlossen hat, den uns vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen zu lassen.

Sie erwartet in Ansehung der gemäßigten Seiten, die das deutsche Volk übernehmen muß, daß sämtliche deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit Beginn dem 1. Juli an in unumschränkter

Folge und in kurzer Frist zurückgegeben werden. Deutschland hat die feindlichen Kriegsgewaltigen in zwei Monaten zurückgeführt. Die Regierung der Deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland angelegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit zurückhaltender Klarheit äußern, um jeden Vorwurf einer Unwiderständigkeit, der Deutschland jetzt oder später gemacht werden könnte, von vornherein entgegenzusetzen. Die angelegten Bedingungen überschreiten das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Wir fassen und daher zu der Erklärung verpflichtet, daß wir alle Vorbehalte machen und jede Verantwortung abhaken gegenüber den Feinden. Die über Deutschland herabgehenden Lamenten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei härtester Anspannung des deutschen Leistungsvormögens in Erfüllung treten muß. Wir legen weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß wir:

den Artikel 231 des Friedensvertrags, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können und durch die Unterfertigung nicht werden. Ebenfalls kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 227 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugewiesen wird, Angehörige des deutschen Volkes, die von den Alliierten und assoziierten Mächten der Besetzung internationaler Geleise und Vornahme von Handlungen gegen die Gebräuche des Krieges bezichtigt werden, zur Aburteilung auszuliefern (Weisfall.) Wir nehmen an, daß es den alliierten und assoziierten Regierungen erwünscht ist, wenn wir offen reden, sowohl was unseren guten Willen, wie auch was unsere Vorbehalte betrifft. Daher werden wir die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form geben:

„Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.“

Meine Damen und Herren! Ich bin am Ende. Wer so über die düsterste Stunde im Leben seines Volkes sprechen muß, der sucht sich fast vor dem Vorwurf der Schönschreiberi, wenn er seinen Mäandern an eine Kusselung, an die endliche Verwirklichung einer besseren Zukunft zum Ausdruck bringen will. Aber ich bin überzeugt: In der deutschen Republik hätte keiner im Amt oder im Gewandeleben, in Politik und in der Wissenschaft mehr eine Hand führen, wenn ihm der Glaube an das deutsche Volk nicht geblieben wäre. Wir haben die Arbeitslosen für fremde Rechnung, wie nie ein Volk vor uns. Wir haben vor unseren Kindern und Enkeln die Verpflichtung, Deutschland zusammenzuhalten, sowohl es uns geliebt ist. Wir müssen in der Verzweiflung dieser Zeit, die außer Rand und Band geraten ist, Ordnung und Regel der neuen Freiheit überstellen, unbestimmt darum, ob uns Schwärmer und Wirrwölfe in diesen wahrhaft demokratischen Bestrebungen verstoßen oder nicht.

Nur dank einer Vorkriegstreue bis zur Grenze unseres Möglichen, nur aus aller Entschlossenheit zum Zusammenhalten in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur zum Willen zur Arbeit in allen Schichten, nur mit Disziplin, so können das Wort heute vielen Klingel, und Pflichtbewußtsein kann uns dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erschaffen.

Es gibt keine Wundermittel und keine Märchen für die Befreiung eines Volkes.

Wohlt die Weltrevolution kann der Krankheit nicht abhelfen, an der wir liden. Nur der Revolution unseres sittlichen Bewußtseins wird und muß es gelingen, aus Nacht und Finsternis zu einer besseren Zukunft emporzusteigen. (Weisfall.)

Präsident Hebrant: Es sind zwei Anträge eingegangen. Der erste Antrag Schull (Soz.) Gröber (Zentr.) lautet: Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus. Der zweite Antrag: Die Nationalversammlung billigt das Verhalten der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Hg. Loebe (Soz.):

Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion in der ersten Schlußfrage, die wir zu entscheiden haben, ist niedergelegt in folgender

**Erklärung:**

Die Not Deutschlands drückt uns alle, so sehr wir voneinander absehen in der Verurteilung des lächerlichsten aller Kriege, des tollsten aller Friedensverträge. Einig sind wir in der tiefsten Verurteilung unserer Gefühle, gewollt wie das ganze deutsche Volk empfindet die Nationalversammlung, daß der traurigste Abschluß deutscher Geschichte nun ansteht. Ob die den Willen der Nationalversammlung bestimmen, die die neue Reichsregierung beauftragten, die Unterfertigung des Friedensinstrumentes annehmen, oder ob die die Entscheidung haben, die diesen Friedensvertrag nicht von sich wollen und erklären: Komme, was da wolle, wir unterfertigen diesen Friedensvertrag nicht, in jedem Falle beginnt

eine Epoche härtester Verzerrung und nationalen Stills.

Wir haben für jeden dieser Standpunkte Verständnis. Wir haben Verständnis heider Ansichten in unseren Reihen. Die aber auch die Nationalversammlung einseitig, nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern und Enkelkindern wird ein bitteres Schicksal beschicken sein. Material verzerrt, material niedergedrückt, geistig verflacht, nicht das deutsche Volk durch das Tor des Friedensvertrages in die dunkle Zukunft voller Sorgen und Leiden. Niemals wird die Schuld an diesem Kriege ausgeführt werden, härteste Gemütsqualen werden die quälen, die an diesem Kriege schuld waren. (Sehr wahr!) Wir, die wir stets die Rechte begehrt und die wir während des härtesten Kriege niemals die Pflicht der Verantwortlichkeit vergaßen, die wir in der Zeit des Stillschleichens

stets für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eingetreten

sind, wir sind uns, wie stets während des Krieges, auch heute noch, da der schmerzhaft erwartete, aber bornenreiche Frieden von uns abzulesen werden soll, der nationalen Verantwortlichkeit bewußt. Wenn wir dafür sind, daß dieser Friedensvertrag unterfertigt werden muß, so nur um deswillen, weil wir noch für die Rechte des Volkes, falls er sich abzeichnet, (Sehr richtig!) Wir überlassen Herzen, noch unausgesprochenen Verhandlungen, noch reichlicher Prüfung aller Folgen haben wir uns doch zuletzt entschließen müssen,

dieses Friedensinstrument anzunehmen.

Wir wissen, daß wir damit vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung tragen, wissen, daß die kommende Generation und nicht nur uns befallen, aber wenn ein unsere Kinder Rechenenschaft verlangen werden für die Verpflichtungen, die wir ihnen und nach ihren Nachkommen auferlegen,

so sagen wir ihnen schon heute, daß für all dieses Qualität nicht die verantwortlich sind, die jetzt dem fürchterlichen aller Kriege ein Ende machen, sondern jene, die ihn herbeigeführt haben. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Der Imperialismus und der Militarismus haben diesen Krieg hervorgerufen.

Die schlagen der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt mit dem uns aufgezwungenen Kriege tiefe Wunden. Wir können jetzt nichts anderes. Aber über sein können kann niemand beschließen werden. Jede Widerstandskraft gegen diesen Friedensvertrag fehlt uns, deshalb müssen wir ihn ertragen. Wir wissen, daß es auch beim besten Willen und beim

eifrigsten Bemühen nicht möglich sein wird, die Bedingungen des Friedens auszuführen. Wir sind der Überzeugung, daß auch die Friedensbedingungen nicht zur Tat werden können. Die sozialdemokratische Partei hat sich seit dem Zusammenbruch des alten Deutschlands der Erkenntnis nicht verschlossen, daß unser Volk große Opfer werde auf sich nehmen müssen, um zum Frieden zu gelangen. Die Friedensregierung hat alles getan, der gegenwärtigen Meinungen die Unausführbarkeit ihrer Friedensbedingungen nachzuweisen. Unsere Parteigenossen in Frankreich, England und Italien und alle sonstigen Freunde eines gerechten und dauernden Friedens in allen Ländern haben manden Entschieden und unüberwindlich begründeten Einspruch gegen die unmöglichen Friedensbedingungen erhoben. Aber alle diese Bemühungen haben nicht den erhofften Erfolg gehabt. Die sozialdemokratische Partei hat sich die Zweideutigkeit der Signalmänner des alten Schlanges belümpelt. Jetzt, da wir in unserem jungen Freiheit auf der Grundlage des denkbar freiesten Wahlrechts die stärkste Partei in der Nationalversammlung sind, in der Reichsregierung gebunden sind, verlangen wir, daß die Regierung mit der früheren Unausführbarkeit im Spruch gegen die endgültig bricht und nicht lediglich formelle Verträge abschließt, um sie bloße zu schieben, sobald es ihr zweckmäßig erscheint. Der neue Friedensvertrag soll vielmehr für alle Völker, also auch für uns,

**unbestimmtes Wesen,**

unerschütterliche Grundlage einer neuen Völkergemeinschaft werden. Die Pflicht einer offenen oder verdeckten Nichtbeachtung der Friedensbedingungen darf niemals wieder im deutschen Volk noch bei der Regierung auftauchen. Im schreienden Gegensatz zu unsern Grundgesetzen bestehen die feindlichen Staatsmänner auf der Unterfertigung dieses in wesentlichen Teilen undurchführbaren Friedensvertrages. (Zurück weichen! Wo also!) Verweigern wir sie, so wird der Krieg von neuem ausbrechen. Wir müssen uns deshalb entschließen, ob wir einen Gewaltfrieden schämlicher Art unterzeichnen, oder ob wir unser Land und unser Volk großem Leid, Leiden weihen wollen. Es gibt ein Mittel, die undurchführbaren Friedensbedingungen von unserm Volk fern zu halten — keiner von uns würde zögern, von ihm Gebrauch zu machen. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten.

**Aber es gibt keine Wundmittel.**

Wir wollen und wir können unser Volk nicht von neuem zu den Waffen rufen. Unser Volk ist durch den langen Krieg und seine Wirkungen wirtschaftlich, körperlich und seelisch zu sehr verarmt, als daß wir auch nur auf kurze Zeit der Hebermacht der Gegner würden handhaben können. Unsere Kriegsgefangenen würden auf unabhörbare Zeit in fremder Abhängigkeit zu schmachten haben, weitere Hunderttausende von Menschen würden in den Tod getrieben, unser Land würde zu einer Wüste, die keine vernichtet, unsere Volkswirtschaft ihrer letzten Werte beraubt, die Zukunft von Lebensmitteln würde abgegriffen, unsere wichtigsten Lebensbedürfnisse schmelzt, auch die Verfügung über unsere Lebensmittel im Inland zur Unmöglichkeit gemacht werden; unsere Gegner können uns unsere letzten Kohlen rauben und alle Betriebe stilllegen. Einem solchen furchtbaren Druck vermag unser Volk nicht lange standzuhalten. Jeder tätige Widerstand oder würde nach den brutalen Regeln des Kriegesrechts zu unabsehbarer Blutvergießen und Verstörungen führen. Nach kurzer Zeit müßten wir uns bedingungslos unterwerfen und doch den Frieden unterzeichnen, der noch härter werden würde. (Sehr richtig!) Die gegenwärtigen Regierungen würden ihre Verantwortung zur Verhängung aller Freiheiten, die die Revolution unserer Völker gebracht hat, ausbaden, sie würden das deutsche Reich völlig zerstückeln und der dauernden Fremdherrschaft unterwerfen. Das arbeitende Volk würde unter den doppelten Lasten des schärfsten Arbeitszwanges und des Hungers schrankenlos ausgebeutet werden. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Wenn wir uns diesen Ertragungen die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unermessliche Folge des Krieges. Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterfertigung undurchführbar.

**Ein entrostetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig,**

ein verarmtes Volk aber ist nicht nur um sein eigenes Lebenswohl betrogen, es beträgt auch seine Vorgesetzten (siehe richtig!), deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist in friedlichen Verhandlungen durch verbindliches Entgegenkommen beiseite gelassen werden. Will man das deutsche Volk befreien, so viel von dem Friedensvertrag als überhaupt möglich ist, durchzuführen, dann muß man die weitgehende Sozialreform in Deutschland nicht verschmähen und ihre Weiterentwicklung anstreben. Kapitalistische und imperialistische Elemente haben diese Forderung der Sozialreform in Deutschland immer mit Furcht und Mißtrauen betrachtet, weil sie ihren eigenen Arbeitern und Arbeiterinnen das Leben verheeren wollten, was die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zur Führung unserer Arbeiterklasse gegen die Verelendung durch den Kapitalismus erzwungen haben. (Sehr richtig!) Bei den Soz. Deutschland war den Staatsmännern der Entente kein Verbot als Bedingung und Zustand des Sozialismus. (Sehr richtig!) Bei den Soz. Der Krieg des Kapitalismus und Imperialismus wird abgebrochen durch Friedensbedingungen, die der deutschen Arbeiterschaft

den Weg zur Erringung des Sozialismus verschlossen stellen.

Es ist deshalb das härteste Schicksal der sozialdemokratischen Partei, der Vorläuferin der Arbeiterbewegung und -gewerkschaft, für diesen unglückseligen Friedensvertrag stimmen zu müssen. Niemals mehr als in dieser Stunde empfinden alle Arbeiter unserer Partei, daß sie

bei voller Treue zur Internationalen zu unserem Volke

stehen, und daß wir bereit sind, für unser Volk einzustehen und ihm alles zu opfern. (Weisfall bei den Soz.) Am Befehl des Abenteuers haben sich die Arbeiter als die treuesten Hüter unserer nationalen Gemeinschaft bewährt (Weisfall bei den Soz.), in Not und Gefahr ohne Furcht vor Herber und Deportation sind sie eingetreten für die Einheit des deutschen Volkes. Wie die neuen Vorkämpfer unserer Sozialdemokratie, Marx und Engels, Debel und Bebel, im Gegensatz zu Schmidts Sozialreformismus, so treten wir für ein Großdeutsches, für die Einheit aller Völker ein, die an der Donau und an der Elbe, an der Weser und an der Rbe, an der Oder und an der Mosel von einer deutschen Mutter deutsch sprechen gelernt haben. In dieser Schicksalsstunde verlangen wir für eine bessere Zeit die Vereinigung mit unseren durch unsere Friedensbedingungen niedergedrückten Brüdern und Schwestern in den Subalternländern wie in Wien und Prag, in Bogen und in Werau. (Weisfall.) Je besser das deutsche Volk niedergedrückt ist, desto treuer werden die deutschen Arbeiter zu ihm stehen. So hat die Friedensbedingungen auch sind, wir werden zeigen, daß deutsche Wissenschaft und Kunst, deutsche Technik und deutsche Arbeit unser Volk wieder aufbauen und seine geistige und soziale Erneuerung bringen werden. (Weisfall bei den Soz.) Die Welt liegt in Trümmern, wir wollen sie neu aufbauen helfen im Geiste der Völkervereinigung, auf der Grundlage des Rechts, im Raube mit der ewigen Idee der Gerechtigkeit. (Weisfall bei den Soz.)

Der Antrag Schull-Abbe-Gröber liegt nunmehr in besonderer Fassung vor: Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

Hg. Gröber (Zentr.):

Die Zentrumsfraktion nimmt den Beschlüssen der Regierung zu und wird die neue Regierung, an deren Zusammensetzung sie sich beteiligt hat, unterstützen. Für diese Stellung des Zentrums ist ausschlaggebend Gesichtspunkt, daß wir einen neuen Krieg unter allen Umständen vermeiden müssen. (Sehr richtig!) Falls und im Zentrum.) Wenn wir aber insbesondere unsere Zustimmung ausdrücken, so kann das nur bedeuten, daß wir damit die Verpflichtung übernehmen, so weit es menschlich möglich ist, den Vertrag durchzuführen. Diesen schweren und kaum schätzbaren Bedingungen stehen eine Reihe von Tatsachen gegenüber, die wir auch in Rechnung stellen müssen. Der Friedensvertrag bringt Hunderttausende von Gefangenen in die deutsche Heimat zurück. Dazu kommt aus der Friedensvertrag das Ende der Hungersnot. Schließlich kann und allein der Friedensvertrag die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues verschaffen. (Sehr richtig!) Der Friedensvertrag bietet auch die Möglichkeit, die deutsche Einheit, wenn auch geschwächt, aufrechtzuerhalten. Unsere Zustimmung zu dem Friedensvertrag aber findet eine Grenze. Diese unüberwindliche Grenze ist die

**Abhängigkeit auf die nationale Ehre**

des deutschen Volkes. (Weisfall bei den Soz.) Wir können uns nicht dazu hergeben, eine Lüge anzuerkennen, wie die in dem Artikel enthalten ist, in dem Deutschland anerkennen soll, daß es der alleinige Urheber des ganzen Krieges ist. Das ist eine Unmöglichkeit, und wir wollen diese Lüge nicht als eine Belastung des deutschen Volkes für alle Ewigkeit festlegen. (Weisfall bei den Soz.) Wir weisen auch die Schwach und die Sauber der Auslieferung deutscher Angehöriger an ein feindliches Kriegsgericht wegen angeblicher Verfehlungen zurück. Die Ehre des deutschen Volkes preisgeben, kann uns kein Mittel zumuten. (Weisfall bei den Soz.)

Hg. Schiller-Mogeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Voredeuern muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitläufig überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu verweigern. (Weisfall bei den Demokraten.) Diesen Entschluß haben wir nicht in Eile und ohne Bedenken gefaßt. Eine sorgfältige Prüfung hat in uns die Überzeugung befestigt, daß ein solcher Frieden unvereinbar wäre mit der wirtschaftlichen, geistigen, intellektuellen, sozialen, moralischen und politischen Fortentwicklung des deutschen Reiches und des deutschen Volkes. (Sehr richtig!) Rechts und bei den Demokraten.) Deshalb haben wir

**das Nein ausgesprochen**

müssen. Alles, was die beiden Voredeuern heute gesagt haben, können sie auch am 12. Mai sagen lassen. (Sehr richtig!) Bei den Demokraten.) Was ist seitdem geschehen, um von der damaligen Stellungnahme abzugeben? Nichts, oder so gut wie nichts. (Sehr richtig!) Rechts und bei den Demokraten.) Wir haben den Gegenüberliegenden unserer Regierung geschickt, trotzdem sie bis an die allerhöchsten Grenzen des Möglichen und Erträglichen gingen. Wir haben uns bis in die letzte Stunde bemüht, neue Bedingungen zu finden, um wenigstens die obersteinstimmten Bestimmungen zu bekräftigen. Wir haben die Folgen des Ja und Nein genau geprüft und sind in unserer überwiegenden Mehrheit zur Ablehnung des Vertrages gekommen, und nur eine verhältnismäßig kleine Minderheit, die in ihrer Überlieferung des Vertrages mit uns übereinstimmt, glaubt, die Ablehnung des Vertrages nicht demotivieren zu können. In unserer Stellungnahme kann uns auch das Programm der Regierung nicht motivieren machen. Eine Zustimmung zum Friedensvertrag ist nur möglich auf der Grundlage der Freiheit. Wir lehnen daher

jede zwangsweise Erfüllung unserer Verbindlichkeiten ab,

auch wenn sie sich unter der schamhaften Bezeichnung der Planung und Wirtschaftlichkeit verheißt. (Weisfall bei den Demokraten und rechts. — Weisfall bei den Soz.)

Unsere Stimmenabstimmung ist keine Hilflosigkeit oder Untätigkeit, sondern bedeutet nichts anderes als die Aufhebung der Freiheit unseres Handelns. Wir wollen die Hände zusammenheben und arbeiten. Wir wollen in Liebe zu unserm Volk, im Glauben an seine unerschöpfbare Kraft und im festen Vertrauen auf eine ewige Gerechtigkeit an dem Widerstand unseres Vaterlandes auf sozialistischer Grundlage arbeiten. (Weisfall bei den Demokraten.)

Genügend unterstützte Anträge auf namentliche Abstimmung über das Veritauensdatum und über die Friedensfrage lauten ein.

Hg. Graf Pöschel (Soz.):

Wir können der neuen Regierung außer Zustimmung nicht aussprechen. Wir haben uns alle Sorgen überlegt, die eine Ablehnung des Friedensvertrages mit sich bringen muß. Aber diese Folgen sind nur vorübergehend, während der Vertrag ungeschätzte Generationen unseres Volkes dem Abgrund preisgeben würde. (Sehr richtig!) Rechts. Deshalb muß das lebende Geschlecht den Todesmut befehlen, bis gegenwärtigen Folgen zu ertragen, um die Zukunft zu retten. (Weisfall bei den Soz.) Für uns ist der Vertrag,

nach wie vor unannehmbar.

Die Schall Deutschlands ist leinwegs erwiesen. Wenn wir diesen Vertrag ablehnen, so haben wir auf dem Standpunkte der früheren Regierung; deren Gegenüberstände weisen Seite für Seite klar nach, daß der Vertrag für uns unerträglich, unerschütterlich und unannehmbar ist, was am dem Vertrag geändert ist, wiegt schwerlich. (Weisfall bei den Soz.)

Präsident Hebrant: Ich muß die zweite Kategorie der Unannehmlichkeiten des Friedensvertrages wiederholen.

**Ministerpräsident Bauer:**

Graf Pöschel hat sich geäußert, daß die Regierung, die sie etwas geleistet habe, sich bereit ein Veritauensdatum ausstellen lassen wolle. Das ist unehrlich. Graf Pöschel hat die Beschränkung des Reiches über die vorläufige Reichsregierung nicht beachtet. Es beschränkt besagt: „Die Reichsminister beschränken sich auf die Ausführung der Veritauen der Nationalversammlung.“ Es handelt sich also nicht um Veritauensdatum, sondern um die Erklärung einer verfassungsmäßigen Beschränkung. Graf Pöschel hat die Unannehmlichkeit und die Härte des Friedensvertrages geltend gemacht, ich komme ihm darin bei, darin sind wir einig. Aber es hat es verstanden. Mittel und Wege anzuzeigen. (Weisfall.)

Hg. Graf (U. Soz.):

Der Friedensvertrag entwirft auch nach den strengen Konzeptionen nicht unseren Grundgesetzen. Wenn wir ihn irrtümlich annehmen, so geschieht es unter der zunehmenden Gewalt. Wenn wir ihn aber bei nächster Austragung nicht erfüllen können, müssen die Gegner sich damit abfinden; wo nicht ist, hat auch die Entente ihr Recht verloren. Die Ablehnung würde den sicheren Raum bedeuten. Wenn der zwei Punkte der Schuld am Kriege und der Auslieferung der Schuldigen darf der Vertrag nicht scheitern. Von diesen Vorbehalten wird gebeten im Friedensvertrag noch nicht die Rede. Es ist nicht richtig, daß wir den Vertrag unterzeichnen wollen. Wir haben stets und insbesondere am 12. Mai ausgesprochen, daß die Regierung unbedingt erst die Bedingungen und Verantwortlichkeiten erfüllen muß, und daß dann allerdings, wenn sie bereitwillig ist, was herauszufinden ist, unterzeichnet werden muß. (Sehr wahr!) Bei den U. Soz.) Wir haben allerdings im Gegensatz zu Ihnen (zu den Soz.) auf dem Stand-

# Eine Note der neuen Regierung.

Weimar. Der Reichsministerpräsident hat im Namen der Reichsregierung heute nachmittag durch den Gesandten von Haniel zugleich mit dem Abstimmungsresultat der Nationalversammlung über die Vertrauensfrage eine Note überreicht, in der es u. a. heißt: Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Angesichts der leidenschaftlichen Kundgebungen der Bevölkerung aus den im Osten abzutretenden Gebieten sieht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Loslösung von Deutschland sich ergeben könnten, abzuweichen. Die Regierung ist aber bereit, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen:

Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher deutschen Gefangenen vom 1. Juli ab. Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen, muß aber betonen, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten kann und daher jede Verantwortung gegenüber den Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in die Erscheinung tritt. Sodann folgt der Vorbehalt wegen der alleinigen Heberherrschafft Deutschlands am Kriege und der Ablehnung der Artikel 227 bis 230. Schließlich wird die Erwartung ausgedrückt, daß die feindlichen Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden:

Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem Hohen Rat der Völker, so wie er vom Völkerbund nach Artikel 10 festgesetzt ist, zur Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem Hohen Rat sollen die deutschen Bevollmächtigten dieselben Rechte und Vorrechte genießen, wie die Vertreter aller anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie, gleichberechtigte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands behindert wird.

Es folgt sodann die bereits gemeldete Zustimmungserklärung der Reichsregierung.

punkt, daß man nicht mit Rohstoffmethoden internationale Verhandlungen führen kann. (Sehr richtig! bei den U. S. G.) Es verzieht sich nach unserer Haltung von selbst, daß wir dieser Regierung

ein Vertrauensvotum nicht erteilen können, aber mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sind wir einverstanden, der angewandt und wahrgenommen werden muß ohne Einverständnis und Hinterhältigkeit. Die Entente läßt eine geteilte Antwort mit Vorbehalt nicht zu, und wir brauchen den fortwährenden Frieden, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Die Forderungen der letzten Wochen in Frankreich, Italien und England betreffen, daß die Arbeiterklasse dort überall erhardt und große Demonstrationen im Gange sind. Gewiß, es wäre richtig, wenn man auf eine in den nächsten Wochen sich vollziehende Weltrevolution rechnen möchte. Sie lähmt vorwärts, sie ist unaufhaltsam, aber es geht nicht so rasch, wie wir es wünschen. Trotzdem haben wir die Absicht, daß der Friedensvertrag schließlich durch die Solidarität des internationalen Proletariats abgeändert wird.

Ministerpräsident Bauer: Der H. G. hat erklärt, die Regierung habe eine Rohstoffpolitik betrieben, weil sie erklärte, der Friedensvertrag sei unannehmbar. Von Rohstoffpolitik verstehen alle Mitglieder der versammelten Volksversammlung nicht so viel wie der H. G. (Große Heiterkeit.) Herr Bauer erklärte, kein Mensch, insbesondere nicht die Entente, habe an das Unannehmbar geglaubt, soweit das zutrifft sollte. Wer trägt denn die Schuld daran? Die unabhängige Sozialdemokratie (Sehr richtig!) und lebhaft Zustimmung.) die fortgesetzt gefordert hat: der Vertrag muß unterzeichnet werden. Herr Bauer, jeder gesellschaftlich organisierte Arbeiter weiß, daß diese Politik Irreführung ist, denn wenn ich überhaupt verhandeln will — und mit Verhandlungen auf Änderung des Vertrages ist ja auch Ihre Partei einverstanden —, dann darf ich nicht von vornherein erklären, daß ich unterschreibe, auch wenn mir keine Konzessionen gemacht werden.

H. G. Kohl (D. Sp.): Die deutsche Sozialpartei lehnt einmütig diesen Frieden ab und steht sich daher auch zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, einer Regierung, die eben zu diesem Zwecke sich gebildet hat, diesen Vertrag zu unterzeichnen, ihr besonderes Vertrauen zu bekunden. Der bloße Protest hilft nicht, auch eine Unterzeichnung mit Protest ist eine Unterzeichnung. In unserem Volke gibt es noch viele Tausende, die da meinen, daß wir uns jetzt nicht vor der Gewalt beugen, sondern lieber über uns ergehen lassen sollen, was an Leiden unvermeidlich ist. (Beifälliger Beifall rechts.)

H. G. Öhring (S. G.): Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der Volkspartei, die durch diesen Friedensvertrag unmittelbar vor der Sozialpartei von Deutschland losgerissen zu werden, habe ich zu erklären: Wir erleben voll heißen Schmerzes unsere Schritte, um in leidenschaftlicher Weise gegen die Losrennung unserer Heimat vom Vaterlande Protest zu erheben. Was um unsere Heimat nicht dauernd zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecken des Krieges auszuliefern, haben wir uns demnach mit blühendem Herzen entschlossen, dem Friedensvertrag unsere Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir und die Männer und Frauen, die uns durch ihr Vertrauen in die Nationalversammlung gebracht haben, deutsch sind und deutsch bleiben werden. (Beifälliger Beifall.)

Ein Schlußwort wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Rechte protestiert hiergegen in längerer Geschäftsordnungsdebatte.

Unter großer Anruhe wird zunächst zur Abstimmung geschritten. Das Abstimmungsresultat bringen wir an der Spitze des Blattes.

Schluß des H. G. Sitzung: Montag, 9. Juli. Indespolenhaus: Welche über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes, über die Reichsbürgerversicherung, die Bundeskrankenkasse u. a.

# Die internierte deutsche Flotte versenkt.

London, 21. Juni. Reuters meldet amtlich: Alle in der Scapa-Flow internierten deutschen Schiffschiffe und Schlachtschiffe mit Ausnahme des Schlachtschiffes „Baden“ sind versenkt worden. Die Schlachtschiffe „Seydlitz“, „Blücher“ und „Göben“ wurden versenkt, während die übrigen drei durch dort befindliche Schleppdampfer auf Strand gesetzt wurden. Vierzehn Zerstörer wurden auf Strand gesetzt, vier sind schwimmend, der Rest ist versenkt. Der deutsche Kommandant und die meisten Deutschen von Bord der Schiffe befinden sich unter Bewachung auf britischen Kriegsschiffen. Einige Boote von den Schiffen, die zum Stoppen aufgebracht wurden, weigerten sich, dies zu tun und wurden beschlagnahmt. Eine geringe Anzahl Deutschen wurde getötet oder verwundet. Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen ohne britische Wache an Bord interniert gewesen.

London, 21. Juni. (Reuters.) Ein Telegramm aus Edinburgh meldet: Es waren Vorkehrungen getroffen worden, um die deutsche Flotte am Montag zu versenken, falls der Friede geschlossen würde, da die Schiffe in diesem Falle automatisch an die Alliierten übergegangen wären. Die deutschen Besatzungen der jetzt versenkten Schiffe hatten diese Absicht indessen vorzuziehen.

# Die Unruhen in Mannheim.

Blünderung eines Lebensmittelagars. Mannheim, 22. Juni. (Eigener Deutscher Bericht des „Vorwärts“.) Bei dem gestrigen Generalstreik gab es insgesamt 11 Tote, 28 Schwerverletzte und 20 Leichtverwundete. Ein größtes Lebensmittelagars wurde vollständig ausgeraubt. Kleidergeschäfte und Nahrungsmittelhäuser wurden geplündert. Von den Verletzten wurden mehrere schwer verletzt. Bei dem Angriff auf das Schloss und die Kaserne in der Hülshausen wurden mehrere Personen getötet. Auffallend ist, daß sehr viele Jugendliche darunter sind. Eine sehr merkwürdige Rolle spielt der U. S. P. Führer Kemmel, der versuchte, ähnlich wie Ernst Thälmann in Berlin, das Freiwilligenbattillon auf die Seite der U. S. P. zu ziehen. Er sollte sich natürlich eine Abfuhr.

# Belagerungszustand in Kassel.

Kassel, 22. Juni. Ueber die Vorgänge, die zur Verschärfung des Belagerungszustandes in Kassel geführt haben, wird gemeldet: Einzelne gestern hier eingetroffene fragewürdige Elemente zirkelten sich mittags zu Plünderungen zusammen, die denartig monoton ausgeführt wurden, daß man die jeweilige Plünderung eines Geschäfts bald nach Beginn aufgab und ihre Fortsetzung dem Janagel überließ. Nach den Plünderungen im Zentrum raubte man nächst auch mehrere Warenhäuser in der Altstadt aus. Die Sicherheitsorgane waren für die verhängnisvollen und beschränkten sich auf die Sicherung der öffentlichen Gebäude. Versuche, das Landgerichtsgeschäft zu stürmen, in dem sich Schwerverbrecher befinden, wurden abgewiesen. Ebenso wurden die Spezialisten vor dem Polizeipräsidium wieder abgesehen, dagegen es ihnen gelang, ein Magazin des Präsidents in die Hände zu bekommen. Später wurden sie jedoch daraus vertrieben. Im Laufe der Unruhen mußte der Straßenbahnverkehr eingestellt werden. Die Schießereien dauerten bis Mitternacht an, und es gab eine Anzahl Tote und Verwundeter auf Seiten der Aufständischen, während die Sicherheitsmannschaften nur zwei Verletzte meldeten. Gegen Mitternacht gelang es, die Hauptstraßen zu säubern und die Aufständischen vor dem Hauptpostamt zu vertreiben, gegen das mehrere Schüsse abgegeben worden waren.

# Kriegsminister Reinhardt dankt ab.

Berlin, 22. Juni. Kriegsminister Reinhardt hat um seinen Rücktritt ersucht, da er entgegen der Fassung des neuen Reichslohntarifs gegen die Unterzeichnung des Friedens ist. Sein Rücktritt wurde vom Reichspräsidenten genehmigt, doch nimmt Reinhardt an den Sitzungen des Kriegsministeriums als Berater teil.

Berlin, 22. Juni. A. m. i. Die in verschiedenen Morgenblättern vom 22. Juni veröffentlichte Nachricht, daß in Weimar im Schloß Bellevue sich die Mehrzahl der dort versammelten Führer der Freiwilligen Truppen für Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen habe, ist unrichtig.

General v. Pflügel wünscht, um fernöstlichen Auffassungen entgegenzukommen, die Bekanntgabe, daß er gegen die Annahme des Friedens ist. Wir sind einer irrtümlichen Auffassung um so weniger unterworfen, als unter Auffassungsvermögen gegenwärtig von westlichen Dingen in Anspruch genommen wird.

Der Verband inaktiver Unteroffiziere hat dem Reichsminister den Vorschlag mitgeteilt, die demagogisch-sozialistische Regierung mit den Waffen in der Hand gegen gegenrevolutionäre Angriffe zu verteidigen.

Genosse Que bittet um Mitteilung, daß er bei den Besatzungen in Weimar, an denen er nicht teilnehmen konnte, gegen die Annahme des Friedens gestimmt hätte. Wie die anderen Genossen der Minderheit sagt er sich der Disziplin und stimmt für Annahme.

# Deutscher Sozialistentag.

Konferenz für Einigung der Sozialdemokratie. Die am Sonntag abgehaltene Sitzung begann mit einem Referat von Eduard Bernheim über sozialdemokratische Auslandspolitik. Der Redner betonte, daß auf dem Parteitag in Weimar kein Referat, sondern eine Grundgesetzänderung gemacht werden müsse, die eine Grundgesetzänderung bewirken und geeignet gewesen sei, der deutschen Sozialdemokratie ihren Platz in der Internationale wieder zu sichern, eine Protestresolution gegen die Friedensbedingungen angenommen worden sei. Seine Resolution hätte neben der anderen angenommen werden können. — Er habe auf dem Parteitag angekündigt, die Friedensbedingungen seien schwer, aber man solle nicht vergessen, daß wenn Heinkel davon nachdenklich seien. Das neue Heinkel bezieht sich auf gerade sein, habe er nicht gesagt. — Hinsichtlich der Grenzschutzorganisation im Osten vertritt der Redner den Standpunkt, daß in Westpreußen und Ostpreußen das Volk entscheiden solle, ob es zu Deutschland oder Polen gehören wolle. Vom Standpunkt der Sozialdemokratie sei es Aufgabe der auswärtigen Politik der deutschen Republik, alle Verträge, die in Sonderbündnisse verwickeln, die ihre Spitze gegen andere Nationen richten, zurückzuweisen und bei jeder Gelegenheit den guten Willen zu bekundigen, mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft auf dem Wege der Gleichberechtigung zu leben. — Redner erklärte sich gegen die Konventionen, weil es undenkbar sei, daß wir zu einem Bündnis mit Frankreich gegen England kommen könnten.

Redner billigt die Unterzeichnung des Friedensvertrages und bedauert, daß sich die Unabhängigen bei dieser Gelegenheit ferngehalten haben. Bei diesem Anlaß hätten viele sozialdemokratische Parteien zusammengehen müssen (sehr richtig), wie die Arbeiter

bei einem Streik auch zusammengehen ohne Rücksicht auf das, was sie sonst trennt.

Die Konföderation Wallh Sepler vertrat die Idee der Kontinentalpolitik. Der von ihr bejammerte Bund Deutschlands mit Frankreich richte sich nicht gegen andere Völker, er sei bedingt durch wirtschaftliche Notwendigkeiten. Was ihm werde mit der Zeit ein Bund der ganzen Welt heranziehen, der die Grundzüge der sozialistischen Gerechtigkeit zur Wahrheit mache. Der Bedanke der Kontinentalpolitik sei nicht anders als die Heberzeugung der sozialdemokratischen Forderung der Gemeinwohlfahrt auf die Außenpolitik.

Ed. Bernheim trat den Ausführungen der Konföderation entgegen. — Dann wurde gegen 19 Stimmenthalungen die folgende von ihm beantragte Erklärung zum Friedensvertrag angenommen:

Hinsichtlich derjenigen Bestimmungen in dem der deutschen Republik von den alliierten und assoziierten Mächten aufzunehmenden Friedensvertrag, die dem deutschen Volk selbst beim besten Willen nicht einzufließende finanzielle Verpflichtungen auferlegen, es handelspolitisch drückender Ungleichheit unterwerfen und mehr als zwei Millionen Deutscher unter Fremdberrschaft bringen, setzt die deutsche Sozialdemokratie ihre Hoffnung ausschließlich auf die Ausbreitung des sozialdemokratischen Regimegebaltens in den Ländern jener Mächte. Von seiner Auswirkung auf deren Politik erhofft sie die Ermäßigung der fürchterlichen Kosten und eine solche endgültige Lösung der Gebietsfragen, bei der alle Völker zu ihrem Rechte kommen. Sie weist aber jeden Gedanken an einen Vergeblichkeitskrieg, in welcher Form oder unter welcher Form er auch erfüllt werden mag, schon jetzt auf das entschiedenste zurück. Sie bleibt unentwegt die Partei des Völkere Friedens, wie sie die Partei der Befreiung des Ausgebeuteten und Unterdrückten und die Partei des demokratischen Rechts bleibt. Unter der Parole „Recht für alle Völker“ kämpft sie für das Recht des deutschen Volkes.

Folgende Resolution Dr. Kauter wurde ebenfalls angenommen: Die Einigungskonferenz fordert, daß die Bestimmungen der Völker nicht mehr bestimmt werden durch das Streben nach Herrschaft und Unterwerfung, sondern durch die große menschliche Idee der gegenseitigen Achtung, Gerechtigkeit und Freundschaft, die zum Bund gleichberechtigter Völker und zum dauernden Frieden führen muß. Die Voraussetzung dazu stellt die Konferenz in dem Erfolge der sozialistischen durch die sozialistische Gesellschaft.

Vom Parteivorstand der S. P. D. ist ein von Hermann Müller unterzeichnetes Schreiben eingegangen. Der Parteivorstand bedauert, daß kein Bericht wegen der schicksalhaften Entscheidungen in Weimar die Konferenz zu verabschieden, nicht erfüllt worden sei, und es bedauert an derselben nicht teilnehmen konnte.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung: Das Rätekommunismus.

Der Referent Kallisch (S. P. D.) sagte u. a., der Rätekommunismus werde sich durchsetzen, auch wenn die offiziellen Parteigruppen nichts davon wissen wollen. Weigen und Bedeutung des Rätekommunismus seien noch sehr wenig bekannt. Das ganze Rätekommunismus wurde, sei nichts als abgedroschene Agitationsspielerei. (Beifälliger Beifall.) Redner kritisiert in scharfen Worten die nach der Revolution betriebene Politik. Die Hoffnung der Massen sei nicht erfüllt worden, weil es an einer selbstbestimmten Führung fehle. Die Massen, die sich fürberies haben, seien infolge dessen in die Revolutionen und Verwirrungen geraten, in der wir sie sehr sehen. Statt eine neue Wirtschaft aufzubauen, habe man nur die Massen verhetzt. (Stürmischer Beifall und W. Beifall.) Vor allem hätte alles getan werden müssen, um die landwirtschaftliche Produktion zu heben. Die für Landwirtschaft geeigneten Arbeitslosen der Industrie hätten, nötigenfalls durch Zwang, der Landwirtschaft zugeführt werden müssen. Aber dazu habe der Regierung der Mut gefehlt. — Wenn wir uns nicht auf politische Arbeit konzentrieren, dann kommen wir nicht zur Einigung. Die Produktion muß so geregelt werden, daß die Arbeiter in ihr die volle Mitbestimmung und noch mehr die volle Mitverantwortung haben. Der Rätekommunismus, den die U. S. P. vertrete, erziele nur noch Kollisions. (Beifall.) Durch Arbeit und Selbstbestimmung werden wir zum Aufbau des Sozialismus kommen. (Sehr starker, langanhaltender Beifall.)

Der Konföderant Böbbke (U. S. G.) eröffnet seine Rede mit einer Kritik der Auffassungen Kallischs und anderer Angriffe auf die S. P. D., die daran schuld sei, daß jetzt eine solche Herabwürdigung in der Arbeiterbewegung herrsche. Die Regierung arbeite mit Hochdruck gegen den Sozialismus und für den Wiederaufbau der kapitalistischen Gesellschaft. Cohen, der jetzt so warm für die Arbeiterklasse einträte, sei jetzt davon, daß die Sozialisten besitzlos geworden seien. Der Redner kommt zu dem Schluß: Die Einigung des Proletariats müsse erfolgen auf dem Boden des Rätekommunismus. Eine Verschmelzung der Parteien sei nicht möglich, weil die Gegensätze zwischen ihnen zu groß seien. Unsere Aufgabe — sagt der Redner — kann nur sein, in unserer Partei auf eine Revolution des Parteiprogramms hinzuwirken, das ein Programm des Proletariats und nicht nur das Programm einer Partei ist. Dazu wird die U. S. P. durch einen fröhlichen Stroh getrieben werden müssen. Als politisch gleichberechtigte Partner sind die Arbeiterparteien aus der Revolution hervorzugehen. In dieser Form müssen sie erhalten bleiben. Hoffentlich werde die U. S. P. ihr Programm in diesem Sinne ändern und das linke Flügel der S. P. D. sich ihr anschließen. (Wenig: Ist das die Einigung?) — Wenn wir unsere Forderungen nicht auf dem Wege der Idee erreichen können, dann vorarbeiten wir wieder, dann kommt die neue Revolution. (Beifälliger Beifall einer Minderheit.)

Ein Delegierter der U. S. P. erklärt, Böbbke habe nicht im Namen seiner Partei gesprochen und seine Ausführungen entsprechen nicht dem Standpunkt der Partei. (Beifälliger Beifall.) Die weitere Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Generalversammlung der Metallarbeiter.

Die am Sonntag tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsabteilung Berlin, in den Konföderationshausen hatte sich zunächst mit einem Einspruch gegen die Entsendung Emil Barths zum Gewerkschaftskongress zu beschäftigen, da derselbe durch die letzten Vorgänge kompromittiert sei. Es wurde daraufhin eine Erklärung Barths verlesen, daß er die Delegation ablehne. Nachdem erfolgte die Wahlung von Minquith als Beamter und die Einsetzung einer Prüfungskommission für die Aufstellung einer weiteren Delegation. Darauf nahm die Generalversammlung Stellung zur abgeleiteten Beitragsberechnung.

Nach wie in seinem Referat nach, daß die Ortsverwaltung erst nach genauer Prüfung der Kassensituation zu dem Ergebnis einer Beitragsberechnung gekommen sei. Durch die anhaltende Teuerung sei es unmöglich geworden, die Gewerkschaft ohne eine Beitragsberechnung zu führen. Hierzu liegt ein Verzeichnis der engeren Ortsverwaltung vor, der legt, daß die engere Ortsverwaltung die Klärung als ein Richtmaßnahme zum Beitragsberechnung und glaubt, für eine im Interesse der Metallarbeiter liegende Weiterführung der Gewerkschaft die Garantie nicht mehr übernehmen zu können. Die Ortsverwaltung stellt als diesem Grunde der Generalversammlung ihre Konten zur Verfügung. Dredow stellt im Namen der mittleren Ortsverwaltung mit, daß sie sich ebenfalls der Klärung der engeren Ortsverwaltung anschließen möchte und fordert nochmalige betriebliche Klärung. In der Diskussion wird bemängelt, daß die Mitglieder über die Beitragsberechnung nicht genügend aufgeklärt worden seien; es empfehle sich daher, nochmals eine Klärung vorzunehmen. 20-30 hochbedeutende Beiträge werden der Ortsverwaltung als Material überwiesen und der Antrag der Ortsverwaltung auf nochmalige Klärung angenommen. Nachdem folgende

Rufo den Kollektivvertrag für das Metallgewerbe. Danach be-  
stehen 27 verschiedene Klassen; für 40 Gruppen müssen noch  
Verhandlungen geführt werden. Die Organisationsleitung habe  
die Überarbeitung des Vertrages verlangt und die Kündigung ein-  
geleitet; sie wolle einen neuen kurzfristigen Vertrag, der höchstens  
6-7 Schichten enthält, abschließen. In der Diskussion sprachen  
sich die meisten Redner gegen einen Kollektivvertrag und für freie  
Vereinbarung von Fall zu Fall aus. Die Versammlung erklärte  
sich mit überwiegender Majorität gegen jede Kollektivverträge.  
Rufo machte zum Schluss aufmerksam, daß nunmehr die Ver-  
träge in den Branchen gekündigt werden müssen.

### Warum nicht Verständigung?

Die Angehörigen der Bergmann-Elect- Werke Berlin haben in  
einer am 21. d. M. abgehaltenen Betriebsversammlung den Ange-  
heftenausdruck beauftragt, der Direktion die Forderung auf Zah-  
lung einer einmaligen Summe von 1000 M. für Ledige und 1200  
M. für Verheiratete zu unterbreiten. Im Verlauf der bereits  
früher gehaltenen Forderung der Angehörigen, glaubte die Direktion  
eine Verständigung mit den Großfirmen des Elektrozweigens voran-  
schicken zu müssen.

Da die Forderung berechtigt und die Direktion sich auf einen  
abschließenden Standpunkt stellt, haben sich die Angehörigen veran-  
lagt, an die Firma ein Ultimatum zu stellen, welches die Bewilli-  
gung der Summe bis am heutigen 29. Juni, vormittags 10 Uhr,  
fordert.

Die Forderung ist deshalb berechtigt, weil sich ein Ausgleich des  
Unterschiedes im Verdienste zwischen den gewerblichen und land-  
wirthschaftlichen Arbeitern darstellen soll. Ein ungelehrter Arbeiter  
erhält einen Stundenlohn von 2,10 M. und geschulte kaufmännische  
oder technische Angestellte einen solchen von 1,60 M.

Die Direktion fügt ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber  
dem Angeheftenausdruck auf die Tatsache, daß andere Berufe  
ihren Mehrerwerb nicht durch Streiks zu erzwingen gewohnt haben.  
Warum wird hier nicht der Weg zur friedlichen Verständigung ge-  
wählt? Am heutigen Montag findet nun nach dem Ablauf des  
Ultimatums wieder eine Betriebsversammlung statt. Es wäre schon  
im Interesse des ungeheuren Wirtschaftens zu wünschen, daß  
die Firma die berechtigende Angeheftenausdruck macht. Eine dankbare Auf-  
gabe des Reichswirtschaftsrats wäre es, bei solchen Konflikten ver-  
mittelnd einzugreifen, noch ehe es zu größeren Arbeitsstörungen  
kommt.

**Zentralverband der Zimmerer, Zählstelle Berlin und Um-  
gegend.** Verhandlungsmittler aus den Fabrikbetrieben! Montag,  
abends 8 1/2 Uhr; Versammlung im Gewerkschaftshaus, Saal I.  
Besprechungen von den Verhandlungen mit den Metallindu-  
striellen. Per Vorstand: J. A. J. Senada.

## Groß-Berlin

Kämpfe gegen den Obstkraut. Zu einer durchaus unter-  
schätzten Selbsthilfe greifen jetzt die Obst- und Gemüsehändler in  
Berlin und anderen deutschen Städten. Die Bewegung geht von  
Hamburg aus, wo die Obst- und Gemüsehändler sich mit den Obstkraut-  
händlern dahin geeinigt haben, daß die Obstkrautpreise in Zukunft ohne den maß-

los betreuenden Zwischenhandel festgesetzt werden. Das Fund  
Geldes wird jetzt von den Gärtnern mit 2 M. pro Pfund an  
den Händler verkauft und dieser darf nicht mehr als höchstens  
2,75 M. pro Pfund nehmen. Sobald die Ernte reichhaltiger wird,  
sollen auch die Ein- und Verkaufspreise automatisch herabgesetzt  
werden. Dem Beispiel Hamburgs wollen sich jetzt Berlin, Dan-  
nover, Lübeck, Leipzig, Bremen und andere Städte an-  
schließen. Es ist jedoch zu befürchten, daß Zwischenhändler Obst  
aus Hamburg zu dem ermäßigten Preise einführen, um hier jedoch  
mit wuchernden Aufschlägen weiter zu verkaufen. Die Klein-  
obstkrauthändler Berlin ersuchen daher die Bevölkerung, für Erdbeeren  
nicht mehr als 2,75 M. pro Pfund zu zahlen.

**Verhaftete Einbrecher.** Uns wird berichtet: Am Sonntag-  
morgen gegen 6 Uhr 30 Min. fand im Hause Goldammer Str. 38  
durch eine stärkere Einbrecherbande ein Einbruch statt. Durch den  
Vorfall des Hauses wurde ein Vohren der im Reichs-Marine-Kant-  
lagenden Wache benachrichtigt. Durch rastlose und energische  
Verfolgung der Einbrecher gelang es einem Freiwilligen vom  
Stamm-Bataillon der 2. Marine-Brigade unter richtiger Anwendung  
der Schutzwaaffe zwei Einbrecher, welche ihren Verfolger mit der  
Waffe bedroht hatten, festzunehmen. Begegnend für die heutigen  
Verhältnisse war das Verhalten der Polizei bei diesem Vorfall. Auf die  
Anforderung hin, mit einzugreifen, erklärte ein Beamter der Poli-  
zei, er dürfe es nicht wagen, er sei doch machtlos, da er von der  
Waffe keinen Gebrauch machen dürfe. Er dürfe nur schrei-  
en, wenn der Einbrecher zuerst geschossen hätte. Einer seiner Kameraden sei kürzlich vom Dienst entlassen worden,  
weil er bei der Verfolgung von Einbrechern von der Schutzwaaffe  
Gebrauch gemacht hätte.

**Allgemeine Krankenbesuche für Niederbarnim.** Für versiche-  
rungspflichtige oder -berechtigte Personen, die in den Orten Hohen-  
schönhausen mit Neuhofschönhausen und Weiße Traube, Ahrens-  
felde, Gieße, Hellerstraße, Wargahn mit Büchsenstraße, Posen-  
berg, Gemeinde und Gut, Lindenberg mit Krenzsch, Wartenberg,  
Gemeinde und Gut, ihre Arbeits- oder Wohnstätten haben, wird am  
26. Juni eine Zweigstelle der Kasse in Hohen schönhausen,  
Dognstraße 21, eröffnet. Geschäftszeit von 8-1 Uhr.

**Lagerpersonal.** Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Garnison-  
Lageramt I, Schanzenstr. 18, Kronprinz-Parade: Versammlung  
des gesamten weiblichen und männlichen Lagerpersonal Grob-  
Berliner Lageramt einschließlich des Personal der Desinfektions-  
und Entlausungsanstalten. Ordnungsgemäße Legitimation  
durch das Lageramt ist mitzubringen. Beim Eintritt ist vom Ob-  
mann die genaue Kopfzahl des Lagerpersonals bei der Kontrolle an-  
zugeben. Die Obmänner erscheinen deshalb pünktlich eine halbe  
Stunde vor Beginn der Versammlung.

**Bericht über den Stand der Lohnregelung und die diesbezüg-  
lichen Verhandlungen mit der Gewerkschaft.** Referent: Genosse  
n. Bodemeyer. Bericht über die Arbeiterrottwahlen und vorläufige  
Rathschaffmachung der Kandidaten. Referent: Genosse Hennig.

**Auffklärung des großen Juwelen-Diebstahls.** Am Pfingstson-  
abend vorabend, wie wir damals mitteilten, aus einem Hotel in  
der Friedriehstraße ein Koffer, der für 400 000 M. Juwelen enthält,  
angeblich durch eine gestohlene Täuschung des Gepäckkommissionärs.  
Wie die Kriminalpolizei ermittelte, hatte aber der Gepäckkommissio-  
när Paul Claus seine Hand selbst im Spiel, und seine willigen  
Helfer waren ein Berliner Rudolph und ein Schaufensterdekorateur

Garnblau. Claus zeigte seit jenem Tage eine erhebliche Unruhe,  
wollte jedoch von nichts wissen. Die Beobachtung seiner Freunde  
ergab, daß Rudolph und Garnblau täglich verschwinden waren.  
Claus ermittelte, daß sie nach Braunshweig gefahren waren, wo  
Claus verhaftet ist. Claus besah vor der Stadt ein laubentartiges  
Anwesen. Als die Beamten sich dieses anahen, fanden sie dort einen  
festerartigen Holzraum, in dem beim Graben ein Säbelspratz kam,  
der einen Teil der gestohlenen Juwelen enthielt. Mit diesem Schatz  
nach Berlin zurückgekehrt, forschten die Beamten nach Garnblau und  
nahmen ihn fest. Die Vermutung, daß Garnblau seinen Anteil mit  
Hilfe seiner Helfer auf die Seite gebracht habe, bestätigte sich.  
Die Beamten ermittelten, daß die Verkäuferin eines Tages nach  
dem Diebstahl nach Spandau gefahren war. Sie fand, daß sie  
Juwelen in Kleidern aus dem Geschäft hinter einem Gelsch ver-  
graben habe. Auch dieser Schatz wurde von den Beamten gefunden.  
Noch nicht wiedergefunden sind 1 1/2 Schmauchfäden, Damen-  
ringe, Kollern, Broschen und Schmuckgegenstände, alles Fantasiestücke,  
die in Berlin a. h. sind. Claus und seine Helfer werden  
verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

**Spandan.** Maßnahmen zur Bekämpfung ungeschützter  
Wietzeigerungen haben den Magistrat in seiner letzten Sitzung be-  
schäftigt. Am den Wietern einen wirksamen Schutz bei dem Ab-  
schluß von Mietverträgen und gegen ungeschützte Wietzeigerun-  
gen gewähren zu können, hat der Magistrat beim Staatsamtsrat die  
Verleihung weiterer Bewilligungen für die Regelung von Miet-  
verträgen und Wietzeigerungen auf Grund der Verordnung betreffend  
Wohnungsmangel beantragt. Danach soll künftig der Abschluß von  
Mietverträgen mit neuen Mietern, Kündigung bestehender Miet-  
verträge und jede Wietzeigerung durch Vermieter und Abmieter  
von Wohnräumen zur Wirksamkeit der vorherigen Zustimmung des  
städtlichen Wohnungsamtes bedürfen. Gegen die Anordnung des  
Wohnungsamtes soll den Beteiligten innerhalb einer Woche nach  
Mitteilung der Anordnung der Einspruch an das Wietzeigerungsamt  
möglich. Zwar gewähren die bisher getroffenen Bestimmungen an  
sich bereits einen weitgehenden Schutz der Mieter, aber der  
Plan der Stadt, daß die Mieter zum großen Teile die Wohnun-  
gsämter nicht kennen und den Einspruch beim Wietzeigerungsamt  
zum Teil so spät einlegen, daß dieses nicht in der Lage ist, zuzugrei-  
fen. Gerade hier ist ein Feld für die Tätigkeit der Mieterorgani-  
sationen gegeben. Den Unbeteiligten kann nur abgeschossen werden  
wenn jede Wietzeigerung der behördlichen Genehmigung unterliegt.  
Dies soll durch die beantragte Verordnung erreicht werden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Tempelhof.** Funktionärssitzung heute 6 Uhr, Duse, Werderstraße.

## Vereine und Versammlungen.

**„Bund sozialistischer Kirchenfreunde“.** Mitgliederversammlung  
Montag, den 28. abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Wilhelmshof“.  
Anhalter, 12, Zimmer Nr. 1. Vortrag H. Dr. Watz: „Sozialdemo-  
kratie und Kirche“. Gäste willkommen.

**Veranstaltung für Politik beim Dicker, Charlottenburg,** für den letzten Teil des  
Kurses: Mittw. 8. u. 9. d. M. im Restaurant „Dicker“, Berlin. Vortrag:  
„Sozialdemokratie und Kirche“. Gäste willkommen.

## Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch **Wanzenot  
Pfeifferol** in Flaschen zu 5,— Mark,  
3,50 Mark, 2,— Mark und 1,25 Mark  
und **Mottentot Pfeifferol** (50 Pfennig)

überall zu haben. — Herr Karl Schwabe,  
Drogerie, Berkeberger Straße 25, schreibt:  
Senden Sie mir wieder je ein Gros von den großen,  
je zwei Gros von den kleinen Packungen Wanzenot. Meine  
Kundenschaft ist mit Ihrem Präparat außerordentlich zufrieden.

**Kopf- und Haarwasser Pfeifferol** gegen Ungeziefer für Kinder,  
Flasche 2,75 Mark und 1,75 Mark.  
**Parasiten-Liniment Pfeifferol** gegen Ungeziefer, 2,75 Mark, 1,75 Mark.  
**Trierosol-Puder Pfeifferol** gegen Flöhe, Dose 1,25 Mark.  
**Kinder-Puder Pfeifferol**, bestes Einstrahlungsmittel für Kinder.  
**Toilette-Haarwasser Pfeifferol** gegen Kopfschuppen und Schlangen,  
ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 Mark.

**Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, N 65, Schulstr. 17,**  
Veteranen der Deutschen Armee in Deutschland, Ungarn und Preussens.

**Deutsches Theater.**  
Heute bis einschli. Donn. 8 U.:  
Max Pallenberg in  
Famille Schmek.  
Letzte Aufführung.  
**Kammerspiele.**  
Heute bis einschli. Mittw. 8 U.:  
Leopoldine Konstantin in  
Eifersucht.  
**Theater des Westens**  
Abend 7 1/2 Uhr:  
Mis Werber und Hans Wass-  
mann in Die Gelsha.

**Charlottenburger Wahlverein  
der S. P. D.**  
Am Dienstag, den 24. Juni d. J., abends 7 Uhr,  
findet in der Schulz-Oberealschule, Schulstr. 12/127,  
unser  
**Mitglieder-Versammlung**  
statt. — Tagesordnung: Bericht vom Vorstand.  
Der Vorstand.

**ZIGAREN**  
pro Mille von 650 Mark an  
gibt in großen und kleineren Posten ab  
Echter **Schnupftabak** 25 Pfg.  
Schmalzer  
**Zigarren-Engros-Haus Neukölln**  
Neukölln, Schinkelstraße 4-5.

**Alte Gebisse** pro Zahn bis  
n. 6.50  
(auch für ganz alte und zerbrochene Teile)  
für den gewöhnlichen Platin-Zahn M. 0.70 bis 1.50, Platin-  
Silber-Zahn M. 2 bis 3 M., Platin-Platten-Zahn M. 4 bis 6.50,  
für Gold-, Platingebisse höchste Tagespreise.  
**Hotel Grüner Baum, w. s. Krausenstr. 58/58**  
Zimmer Nr. 1. Frau Vogler. 26/14

**Handwagen, zwei- und vierrädrige,**  
mit und ohne Federn, verschiedene Größen und Ausführungen.  
Großes Lager, billige Preise.  
**G. Wagner, Cöpenicker Str. 71.**  
„Goldschmied“ (Kein Ladenschmied) 140

**Photo-Apparate**  
Objektive Mikroskops  
neu und vergrößernd  
**Gg. Leifegang Potsdamerstr. 138**  
Berlin **Saundersstr. 12**  
**Schloß-Platz 4**

**Vereinigung der Rechtstrenden,**  
Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstr.  
**die Rechtsauskunft des großen Publikums!**  
— Prozessabteilung am Sprechsaal 9-2.  
Disher über 120 000 Ratsuchende. 225

**Lernt dekorieren!**  
**Gustav Förster,**  
Berlin W. 8, Leipziger Str. 41, Prospekt V, gratis  
**BERLINSO Licht- und Naturheilanstalt BERLINSO**  
Neanderstr. 26 (nahe Moritzpl.) Neanderstr. 26 (nahe Moritzpl.)  
**Elektro-physikalische Methode** Behandlung aller chronischen Krankheiten, auch mit Höhenstrahlung.  
**Erprobte Heilmethode ohne Berührung** Nachweis guter und schlechter Dauerheilwirkungen.  
**Mäßige Preise** Prospekt gratis

**Mandoline, Laute.**  
Gitarre, Mandolin, 45,—, 40,—, 35,—, 30,—, 25,—, 20,—, 15,—, 10,—, 5,—, 3,—, 2,—, 1,—, 0,50,—  
**Lombard-Haus**  
H. Graf, Leipzig, Str. 75 II  
Höchste Beheizung  
Elektr., Reelle  
Gelogenheits-  
Licht, Uhren,  
Brotbacken,  
Schmuckgegenst.  
10-50 % um. Ladenpr.

**Elektromotore**  
Gleichstrom, Drehstrom  
Licht, Kraft, verlustlos  
J. Schönberger, Elektro-Inst.  
Blumenstraße 100, 1012, 1728  
**!!! Geld !!!**  
Für jede Wertpapiere, höchste Ankaufspreise für Wechsel, Aktien, Obligationen, Wertpapiere, Briefe, etc.  
Friedrichstr. 41 III, Gode-Roch.

**Wie ein Wunder**  
bewirkt  
**San-Rat Haussalbe**  
Dr. Strauß, 1. ed. Hautauschlag, Flecht-,  
Hautwunden, des Helmschad.,  
Krankheiten der Frauen u. dergl., in Originalflaschen  
4.50, 7.50 erhältlich in der  
„Elektanten-Apotheke“  
Berlin 214, Leipziger  
Straße 74 (a. Dönhofl.)  
**Gegen unreines Blut**  
zum Ausheilen aller Schlei-  
sen aus den Säften gibt es  
nichts Besseres als Capote's  
Renovations-  
Pillen ganz bei, bei Ausschlag,  
Schleimhäuten, roter Haut,  
Husten, Bluthausen und  
Beschwerden. Dose 2.50  
nur von Apelt, Warenhaus  
Berl. Sprenberg 2. 44.

**Preussische Klassenlotterie**  
Ziehung der 1. Kl.: 14. u. 15. Juli  
468 000 Lose mit 214 000 Gewinnen und  
3 Prämien, verteilt in 5 Klassen, im Gesamtbet. von  
**72 Millionen 426 000 Mark**  
Lose zur 1. Klasse: 1737  
1/2 1/4 1/8 1/16 und  
**5.25 10.50 21.— 42.— M.** Postgeb.  
**Kröger Preuss. Lotterie Berlin**  
Einnahmer  
**Friedrichstr. 192/193 a. d. Leipziger Straße**  
Postcheckkonto Berlin 2193

**Gute Möbel**  
solide, geschmackvoll, billig,  
sowie komplette Wohnungs-  
Einrichtungen  
kauft der Kammer  
am besten direkt beim Tischlermeister  
**Julius Apelt**  
Berlin SO., Adalbertstraße 6  
am Köpenicker Tor.

**Betriebshandwerker**  
für Arbeit gesucht, der alle vorstehenden Reparaturen,  
Zimmer- und sonstigen Arbeiten ausführen kann.  
Off. u. S. 26 a. b. Exp. b. 51. 131 D  
**Suche Piano.**  
Asser, Fiensburger Str. 1.  
Stadtb. 1810.  
**Süchtige Näherinnen**  
I. meine Schmeißerarbeiten gefügt.  
Gute Lohnverhältnisse, billige  
Wäsche der Firma. 2178  
Koblenz Gießen, Luben-  
stein, Rost-Görsch.

**Perserteppiche, Perserbrücken**  
kaufen zu noch nie dagewesenen Preisen  
**Nagoschiner, Charlottenburg**  
Wallstr. 18, Wilhelm 2287. 1138 L.

Ziehung 25. u. 26. Juni  
**Rote Kreuz-  
Lotterie**  
100 000 Lose 3067 Gewinne  
im Werte von M.  
**100 000**  
Hauptgewinn im Werte v. M.  
**50 000**  
**10 000**  
u. u.  
**Los M. 3** Postgeb. 1/2 Pf.  
Nachnahme 25 Pf. mehr  
Überall erhältlich  
Verband Preussischer  
Lottens-Einnahmer  
Berlin O2, Hurgstraße 27

**Schreibmaschinen**  
Große Auswahl, alle Systeme,  
Rechen-, Kalk-, Kopier-,  
Verstärkungs-, Maschin-  
Organisations-  
und Bureau-  
Eig. Reparatur-Werkstatt  
u. Organisationsbureau  
**Wilhelm Dreusicke**  
Kommandantstr. 66

**Pianos**  
Neu und  
gebrauchte  
in jeder Preislage  
große Auswahl,  
Teilzahlg. gestattet.  
**Sachter & Co.**  
Oranienburgerstr. 4

**Heilung**  
der Syphilis ohne Quecksilber  
durch Dr. med. Günz-Bur  
Schmid und wirksam. Stiller  
Spezial N. zu Berlin für  
1.50 M. nach Deutscher  
Schiffahrt, Albertstr. 74.  
Direkter Versand ohne  
Lohn 2.00 M.

**KUHLA-  
PIANOS**  
Verkauft direkt ab  
Fabrik-Magazin  
**N 31, Wallstr. 17-18**

**MÖBEL**  
Lieferung kompletter  
Herren-, Speise-, Schlaf-  
und Wohnzimmer  
ab Fabrikgebäude M. eig.  
Lastauto nach jedem Ort.  
**MÜLLER**  
Berlin, Alexanderstr. 21.  
Tel. N 81, 1377.

**Sektkörbe, alte  
Weinkörbe, -  
Korkabfälle**  
jedes Quantum zu haben  
besuchen.  
**Kuchenstein, Charlotten-  
burg,**  
Niederschloßstr. 5.

**Modelltischler  
und Handformer,**  
fabrikant, für Tischler  
große Qual. Einrichtungen  
Güterherz 379  
Harden & Co., Post N. C  
**Dr. Witzum**  
vernichtet  
radikal  
Wanzen  
K. 2. 25. 2. 25.  
Apotheker  
V. Stitz & Co.  
W. 9, Linkstr.

**Klavier**  
rot. Flügel u. Harmonium  
mit Schaltschneider,  
Dresdener Straße 14, III,  
(Bühnenstraße)  
**Holzschrauben**  
kauft jede Menge  
Görschmann,  
Görschmannstraße 2. 124/127